

HERMANN-JOSEF RUPIEPER

## ZU DEN SOWJETISCHEN DEUTSCHLANDNOTEN 1952 DAS GESPRÄCH STALIN – NENNI

Kaum ein diplomatischer Notenwechsel der Nachkriegszeit hat die politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und die historische Fachwissenschaft bis heute so leidenschaftlich erregt wie die mit der Note vom 10. März 1952 an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs einsetzende überraschende Notenoffensive der Sowjetunion. Immerhin bot Stalin u. a. den Westmächten die Ausarbeitung eines Friedensvertrages für Gesamtdeutschland an. Die Truppen aller Besatzungsmächte sollten aus Deutschland zurückgezogen und den Deutschen sollte neben der Errichtung einer Nationalarmee auch eine begrenzte Rüstungsindustrie zugestanden werden. Der Preis für diese Regelung der deutschen Frage war offenbar die Neutralisierung Gesamtdeutschlands. Andererseits fehlten in der ersten Note Ausführungen über den Weg zur Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung. Sollte es freie Wahlen geben? Wer würde die Verfassung erarbeiten? Es kann daher nicht überraschen, daß die sowjetische Initiative kontrovers beurteilt wurde, zumal sie wenige Wochen vor den Entscheidungen des Bundestages über den Generalvertrag und die EVG unternommen wurde. Für die einen handelte es sich um einen Versuch der Sowjetunion, kurz vor der Unterzeichnung dieser Verträge die Bundesrepublik doch noch von einer Integration in das Bündnis der Demokratien des Westens abzubringen. Andere sahen in ihr ein ernstzunehmendes Angebot des Kreml, der bereit schien, zur Verhinderung eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft Wiedervereinigung und Neutralisierung Gesamtdeutschlands anzubieten<sup>1</sup>.

Es ist nicht die Aufgabe dieser Dokumentation, erneut auf die Einschätzung dieser Kontroverse einzugehen bzw. die Aufnahme des sowjetischen Angebots durch die Westmächte zu analysieren<sup>2</sup>. Vielmehr geht es mir darum, einen kleinen Beitrag zu der alles entscheidenden Frage zu leisten: Welche Absichten verfolgte Stalin mit dieser Notenoffensive? War das Angebot ernst gemeint? Rolf Steininger hat in einer Dokumentation jüngst auf ein Gespräch zwischen Stalin und dem italienischen Linksozialisten Pietro Nenni Ende Juli 1952 in Moskau aufmerksam gemacht. Die Mitteilung über diese Zusammenkunft gelangte über die italienische Botschaft in Moskau an die kanadische Regierung und von dort an das Foreign Office nach London. Aufgrund dieses Berichts kommt Steininger zu der Auffassung, daß die Note ernst gemeint gewesen sei

<sup>1</sup> Hinweise zur Sekundärliteratur sollen hier auf ein Minimum beschränkt werden. Zu den wichtigsten Studien siehe die Angaben in: Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952, hrsg. v. Hans-Peter Schwarz, Stuttgart und Zürich 1982, Fußnote 12.

<sup>2</sup> Zur Beurteilung der Note in den USA demnächst ausführlich Kapitel 4 meiner Arbeit „Der besetzte Verbündete: Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955“.

und es sich nicht um ein politisches Manöver der Sowjetunion zur Beeinflussung der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und den anderen westeuropäischen Staaten vor Unterzeichnung bzw. Ratifizierung des EVG-Vertrages gehandelt habe<sup>3</sup>.

Dies mag der Fall gewesen sein. Ohne die Öffnung sowjetischer Archive erscheint ein derart weitgehender Schluß jedoch äußerst problematisch. Zunächst ist festzuhalten, daß dieses Gespräch im Sommer 1952 stattfand, d. h. zu einem Zeitpunkt, als der Austausch weiterer Noten bereits die Unvereinbarkeit der Positionen der Sowjetunion und der Westmächte deutlich gemacht hatte. Während Stalin die Neutralisierung anbot, war dies für die Westmächte genausowenig akzeptabel wie für die Bundesregierung. Da die Ratifizierung der Verträge noch ausstand, kann nicht ausgeschlossen werden, daß Stalin mit seinem Hinweis auf die erste Note erneut versuchte, Einfluß auf die Diskussion in den westeuropäischen Ländern im Rahmen der Ratifizierungsdebatte zu nehmen. Natürlich konnte er davon ausgehen, daß der Inhalt dieses Gespräches nicht geheim bleiben würde und wohl auch nicht geheim bleiben sollte. Am 12. August 1952 veröffentlichten die amerikanischen Europakorrespondenten Joseph und Stewart Alsop in der *New York Herald Tribune* auch tatsächlich einen Bericht über dieses Gespräch, der jedoch mit dem von Steininger in den Akten des britischen Foreign Office gefundenen Aktenstück nur teilweise übereinstimmt<sup>4</sup>.

Noch komplizierter wird die Interpretation des Gesprächs Stalin – Nenni dadurch, daß auch in den Akten des amerikanischen Außenministeriums eine Version vorhanden ist, die über den damaligen US-Botschafter in Moskau, George F. Kennan, nach Washington gelangte und sich gleichfalls von der Version im Foreign Office unterscheidet. Dieses Telegramm von Kennan an US-Außenminister Dean Acheson soll nunmehr interpretiert werden (Dok. I)<sup>5</sup>.

Das erste Problem besteht bereits bei der Datierung. Da Kennan am 25.7. 1952 über sein Gespräch mit dem italienischen Botschafter in Moskau, Mario di Steffano, der hier als „Informant“ bezeichnet wird, nach Washington berichtete und das Telegramm noch am 25. Juli um 17.08 Ortszeit in Washington eintraf, kann das Treffen zwischen Stalin und Nenni, der sich zur Entgegennahme eines Friedenspreises in Moskau aufhielt, nicht am 26. Juli stattgefunden haben<sup>6</sup>. Ferner wird deutlich, daß der Bericht des amerikanischen Rußlandexperten Kennan sich beträchtlich von der Version im Foreign Office unterschied: Erstens unterhielten sich Nenni und Stalin

<sup>3</sup> Rolf Steininger, *Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden*, Frankfurt/M. 1983, Bd. 2, S. 409 ff.

<sup>4</sup> *The New York Herald Tribune* vom 12. 8. 1952, Joseph und Stewart Alsop: „Stalin Speaks Again“. Siehe hierzu auch die Zusammenfassung in: Herbert Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949–1979*, Frankfurt/M./Berlin/Wien 1980, S. 136.

<sup>5</sup> RG 59, 661.65/7-2552, Tel. Nr. 173, Kennan-Secretary of State. Dieses Telegramm wurde jetzt im Rahmen meiner Freedom of Information Act-Anfrage vom Department of State freigegeben. Mein Dank gebührt all jenen, die bei der zügigen Beantwortung des Antrags mitgearbeitet haben.

<sup>6</sup> Für den Hinweis, daß es sich bei der von Kennan als „Informanten“ bezeichneten Person um den italienischen Botschafter in Moskau, Mario di Steffano, handelte, siehe RG 59, 662A.OO/8-2252, Tel. Nr. 342, Moscow-State. Steininger (S. 410) datiert das Gespräch auf den 26.7. 1952.

vornehmlich über die Zustände in Italien, und Stalin versuchte in einer offensichtlichen Mischung aus Werben und Drohungen Nenni zu beeindrucken. Zweitens berichtete Nenni dem italienischen Botschafter, daß Deutschland nur einen Gefahrenherd in den Ost-West-Beziehungen darstelle und jederzeit neue Konflikte um Japan, Italien oder im Iran entstehen könnten. Drittens erfuhr Nenni nach dieser Version nicht von Stalin selbst, sondern offenbar aus der Umgebung des Politbüros (von den in diesem Bericht Genannten Molotow und Malenkow?), daß „Stalin den gegenwärtigen Notenaustausch als vollkommen unecht (phony) und nutzlos ansah“. Stalin erwartete offenbar für Deutschland in der unmittelbaren Zukunft die Herausbildung eines Gleichgewichts der Kräfte, das durch den Erfolg der beiden Seiten bei der Wiederbewaffnung der Deutschen in dem jeweiligen Blocksystem bestimmt würde. Hier stellt sich natürlich die Frage, wieso der italienische Botschafter Kennan nicht darauf aufmerksam machte, daß Stalin gemäß der „britischen“ Version Nenni gegenüber erklärt haben soll, die Sowjets seien bei der ersten Note „wirklich bereit gewesen, Opfer zu bringen, um die Wiedervereinigung zu erreichen“<sup>7</sup>. Es ist kaum vorstellbar, daß der Rußlandexperte Kennan eine derart zentrale Aussage einfach unterschlug und sie nicht nach Washington übermittelte. Es fällt auch schwer, zu begründen, wieso der italienische Botschafter einmal auf diese Äußerung hingewiesen haben soll und dies in einem zweiten Gespräch unterließ. Genauso problematisch ist die Differenz zwischen den beiden Berichten hinsichtlich des Ursprungsortes dieser Bemerkung: einmal wird Stalin genannt und ein anderes Mal die „Umgebung des Politbüros“. Hat der italienische Botschafter Kennan und die kanadische Botschaft, die offenbar zu diesem Zeitpunkt, was auch Kennan feststellt, besonders enge Kontakte zu den Italienern unterhielt, unterschiedlich informiert? Das kann zwar nicht vollständig ausgeschlossen werden, aber es wäre in der Tat höchst ungewöhnlich. Vielleicht besteht das Problem einfach darin, daß inhaltliche Informationen durch Zwischenträger teilweise verfälscht werden können, daß bei den Übersetzungen vom Russischen ins Italienische und schließlich ins Englische Ungenauigkeiten entstanden sind und damit die Bemerkungen Stalins bzw. des Politbüros viel von ihrer eigentlichen Bedeutung verloren.

Viertens ist bemerkenswert, daß der in der Foreign Office-Version Stalin zugeschriebene Hinweis, man wäre bereit gewesen, die ostdeutschen Kommunisten für ein neutrales, wiedervereinigtes Deutschland zu opfern, im Kennan-Bericht als Befürchtung von Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck erscheint, mit denen Nenni vor seinem Moskaubesuch offenbar zusammengetroffen war. Im Juli 1952 bestanden diese Befürchtungen, die auch durch andere Hinweise belegbar sind, allerdings nicht mehr. Hatte sich also tatsächlich zwischen März und Juli 1952 eine Änderung in der sowjetischen Deutschlandpolitik vollzogen, oder ist dies nur ein Hinweis auf die mangelnde Absprache zwischen der Sowjetunion und der DDR-Führung, die über die Absichten Stalins bei Absendung der ersten Note nicht informiert war? Wie auch immer. Es bleibt die unterschiedliche Herkunft des Hinweises in den beiden Berichten.

<sup>7</sup> Siehe Dok. I im Anhang. Zum Vergleich mit der Note im Foreign Office die Auswertung in: Steinger, S. 410.

Fünftens teilte der italienische Botschafter Kennan mit, daß Nenni aus seinen Gesprächen im Kreml den Eindruck gewonnen habe, daß die Sowjetunion nunmehr fest entschlossen sei, „die Teilung Deutschlands zu akzeptieren und das Beste daraus zu machen“. Diese Version erschien auch in der *New York Herald Tribune*. Der Bericht der Gebrüder Alsop enthält ferner den Hinweis darauf, daß nach Ratifizierung der Verträge im US-Senat und wegen der zu erwartenden Wahl General Dwight D. Eisenhowers zum Präsidenten jeder weitere Notenaustausch sinnlos geworden sei<sup>8</sup>.

Wie reagierte nun das US-Außenministerium auf diesen Bericht des amerikanischen Botschafters in Moskau? Offenbar überhaupt nicht. Das Originaldokument enthält einen Hinweis, daß die Deutschlandabteilung des US-Außenministeriums eine Kopie des Telegramms erhielt, die jedoch in den Akten bisher nicht lokalisiert werden konnte. Weder wurden, wie Kennan empfohlen hatte, die Verbündeten und der amerikanische Oberkommandierende in Europa, General Matthew B. Ridgway<sup>9</sup>, informiert noch scheinen die Verantwortlichen im US-Außenministerium der Nachricht aus Moskau besondere Bedeutung beigemessen zu haben. Nach Veröffentlichung des Alsop-Berichts entstand jedoch eine für das US-Außenministerium peinliche Situation. Die britische Botschaft in Washington erkundigte sich, ob die Amerikaner die „Nenni-Geschichte“ aus Moskau erhalten hätten, und äußerte anschließend die Überzeugung, daß das US-Außenministerium in diesem Fall sicherlich die Information mit dem Foreign Office diskutiert haben würde. Auf diese Anfrage erhielten die Briten jedoch nur „eine ausweichende negative Antwort“. Als der italienische Botschafter Kennan über den Nenni-Besuch in Moskau informierte, bat di Steffano um Verschwiegenheit, da er es der Regierung in Rom überlassen wollte, ob der Nenni-Bericht an andere Regierungen weitergegeben werden sollte. Die Amerikaner hielten sich an diese Abmachung. Dies erklärt offenbar den Weg der Foreign Office-Version über die kanadische Regierung nach London<sup>10</sup>.

Für die diplomatischen Vertreter der USA in Europa war die Bedeutung der Nenni-Geschichte gering. Der US-Botschafter in Rom, Ellsworth Bunker, berichtete, daß

<sup>8</sup> The *New York Herald Tribune* v. 12. 8. 1952: „Stalin noted that the Bonn agreement had been approved by the United States Senate. He predicted as ‚very probable‘ the election as President of Gen. Eisenhower. He remarked that, for these reasons, he considered any further diplomatic exchanges on the subject of Germany with the Western bloc as no more, than a ‚propagandistic and marginal expedient‘ – in other words without real meaning. And, he said, he had further considered that it had become impossible to prevent the division of Germany into two parts on a permanent basis. Therefore, Stalin told Nenni, it was necessary to substitute another formula for the ‚formula of a united and neutral Germany‘. This new formula called for the creation of two entirely separate Germanies, which would be, he said, ‚military and ideological counterweights to each other‘. In this situation, the ‚independence and security‘ of Eastern Germany must be ‚reinforced‘.“

Es ist auffällig, daß in dieser Version kein Hinweis auf die ursprünglichen Absichten Stalins auftaucht und die Reaktion von Pieck und Grotewohl ebenfalls unterschlagen wird.

<sup>9</sup> Im Original der Note befindet sich eine unleserliche Marginalie. Offenbar eine Bemerkung zum Satz: „Interview with Stalin ...“.

<sup>10</sup> RG 59, 662A.00/8-2152, Tel. Nr. 170, State – Moscow; 662A.00/8-2252, Tel. Nr. 342 Moscow – State.

die Italiener die Bekanntgabe in der New York Herald Tribune bedauerten und ein abgekartetes Spiel zwischen Nenni und Stalin zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Westen vermuteten. Offenbar stimmte Bunker dieser Einschätzung zu<sup>11</sup>. Der Unterstaatssekretär im US-Außenministerium und ehemalige US-Botschafter in Paris, David Bruce, hielt dies gleichfalls für den Hauptgrund bei der Bekanntgabe des Gesprächs<sup>12</sup>.

Auch ein weiteres Dokument, das gleichfalls hier erstmalig zugänglich gemacht wird (Dok. II), bringt keine endgültige Klarheit über die Intentionen Stalins. Bereits am 18. 4. 1952 erfuhr Cecil B. Lyon, der Direktor des Berlin-Element der amerikanischen Hochkommission in Deutschland, daß Gerold Rummeler, ein enger Mitarbeiter von DDR-Außenminister Georg Dertinger, in den Westen übergelaufen sei. Nach Rummeler hatte ihm Dertinger zwei Tage vor seiner Flucht über ein Gespräch mit dem Chef der sowjetischen Mission in Ostberlin, Georgi M. Pushkin, berichtet, bei dem Pushkin die sowjetische Note als Teil einer „großangelegten taktischen Propagandaaktion“ bezeichnet habe; die Sowjetunion dächte „nicht daran, das DDR-Regime in freien und kontrollierten Wahlen zu opfern“<sup>13</sup>. Auf diese Quelle hat bereits Hermann Graml verwiesen<sup>14</sup>. Der vollständige Bericht Rummelers bei der Befragung durch die Amerikaner setzt die Gewichte jedoch ein wenig anders. Als die Westmächte in ihrer Antwortnote vom 25. 3. 1952 als Bedingung für den Abschluß eines Friedensvertrages neben der Durchführung von freien Wahlen u. a. auch das Recht Gesamtdeutschlands auf die Beteiligung an der rein defensiven Europäischen Verteidigungsgemeinschaft verlangten, war für die Sowjetunion die Entscheidung über die Sinnlosigkeit des weiteren Notenaustauschs offenbar gefallen. Pushkin sah in diesen Forderungen des Westens die Integration Gesamtdeutschlands „in das aggressive Nordatlantische Bündnis“. Auch der Hinweis Dertingers, daß zwischen Unterzeichnung und Ratifizierung noch beträchtliche Zeit vergehen würde und daher die Versuche zur Herbeiführung einer gesamtdeutschen Verständigung noch nicht abgebrochen werden sollten, wurde nun von Pushkin zurückgewiesen. Er erklärte dem DDR-Außenminister, daß „die Westdeutschen jetzt nur noch durch große Propagandaanstrengungen dazu gebracht werden könnten, ihre Opposition gegenüber der Regierung Adenauer zu verstärken und schließlich den Sturz der Regierung herbeizuführen“. Aus dieser Bemerkung zog Dertinger den Schluß, daß die Sowjets keine

<sup>11</sup> RG 59, 661.65/8-1952, Tel. Nr. 734, Rom – State.

<sup>12</sup> RG 59, 662A.00/8-2152, Tel. Nr. 170, State – Moscow. Die italienische Kontaktperson von US-Botschafter Bunker erklärte: „He believed that substance and procedure had been prearranged with Stalin precisely with objective of this interpretation of Soviet Policy on Germany being spread through western channels, he regretted exceedingly publicity which had resulted which in his interpretation had simply served purposes of current Soviet line on relaxation of tensions (distensione) and peaceful coexistence.“ Auch dieses Dokument wurde im Rahmen meiner Freedom of Information Act-Anfrage freigegeben. Allerdings ist der Hinweis auf die Kontaktperson von Bunker noch genauso „classified“ wie drei weitere Zeilen des Telegramms.

<sup>13</sup> RG 59, 762B.00/4-1852, Tel. Nr. 1236, Berlin – State.

<sup>14</sup> Siehe hierzu seinen Beitrag „Die sowjetische Notenkampagne von 1952“, in: Schwarz, a. a. O., S. 36.

Verständigung wollten. Der Hinweis des sowjetischen Vertreters in Ostberlin, daß es nach der Bekanntgabe der Bedingungen der Westmächte nur noch darum gehen könne, die Regierung Adenauer zu stürzen, zeigt die Enttäuschung der Sowjets über die Reaktion der Westmächte. Andererseits läßt die Veränderung des in diesem Bericht erwähnten Artikels des DDR-Außenministers in der Täglichen Rundschau, der offiziellen Zeitung der sowjetischen Besatzungsbehörden in der DDR, den Schluß zu, daß der Kreml bereits Anfang April 1952 die Integration der DDR in den Ostblock beschlossen hatte<sup>15</sup>.

Zusammenfassend ist festzustellen:

1. Die Differenzen zwischen der Foreign Office- und der Kennan-Version des Gesprächs Stalin – Nenni sind so groß, daß beide nicht als eindeutige Belege für die tatsächlichen Intentionen der sowjetischen Deutschlandoffensive im Frühjahr 1952 herangezogen werden können. Auch der Bericht über das Gespräch zwischen Dertinger und Pushkin schafft keine Klarheit.
2. Solange nicht eindeutige Dokumente aus der sowjetischen Planung aus der Zeit *vor Beginn des Notenaustausches* bekannt werden, kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Sowjetunion die Forderungen der Westmächte nach einem westdeutschen Verteidigungsbeitrag einsetzte, um sowohl gegenüber der Bevölkerung der DDR als auch gegenüber den anderen Satellitenstaaten die Entscheidung zur Integration des zweiten deutschen Staates in den Ostblock und den forcierten Aufbau einer Nationalen Volksarmee in der DDR zu rechtfertigen. Immerhin bestanden nicht nur in den westeuropäischen Ländern Widerstände gegen einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag. Auch in den ehemals von deutschen Truppen besetzten Staaten Osteuropas dürfte eine Bewaffnung der DDR auf Bedenken gestoßen sein<sup>16</sup>.
3. Sicherlich hätte die Neutralisierung Gesamtdeutschlands für die Sowjetunion nicht unbeträchtliche Vorteile geboten. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung nach übereinstimmender Meinung internationaler Beobachter nach Westen tendierte, so daß selbst ein neutrales Gesamtdeutschland sich eher an die demokratischen Staaten des Westens als an die Sowjetunion angelehnt hätte<sup>17</sup>. War dies wirklich im Interesse der Sowjetunion, auch wenn damit zunächst eine Stärkung bzw. das Zustandekommen der EVG verhindert worden wäre? Bot nicht andererseits die vollständige Integration der DDR in den Ostblock und der Ausbau des sozialistischen Lagers noch größere Vorteile für die Sowjetunion, zumal die Präsenz sowjetischer Truppen in der DDR gleichzeitig die Sicherung der sowjetischen Herrschaft in den anderen Satellitenstaaten bedeutete?

<sup>15</sup> RG 59, 762B.00/4-2652, Tel. Nr. 1273, Berlin – State. Zur weiteren Auseinandersetzung mit diesem Bericht und zu seiner Aufnahme in der Hochkommission und in Washington demnächst meine in Fußnote 2 genannte Arbeit.

<sup>16</sup> RG 59, 762B.00/5-2252, ohne Nr., Office of the U.S. High Commissioner for Germany, Geheimdienstbericht über eine Konferenz der Kominform in der CSSR, auf der die Frage einer Aufstellung einer Volksarmee in der DDR diskutiert worden sein soll.

<sup>17</sup> Siehe hierzu demnächst meine in Fußnote 2 erwähnte Arbeit.

## Dokument 1

FROM: Moscow  
 TO: Secretary of State  
 NO: 173, July 25, 8 p.m.

EYES ONLY SECRETARY FROM KENNAN<sup>18</sup>

Have learned from authoritative source fol(lowing) re Nenni's<sup>19</sup> visit here and recent talk with Stalin<sup>20</sup>.

Interview with Stalin was arranged at Sov(iet) suggestion and came as pleasing surprise to Nenni, who has impression he is first Stalin prize winner to be personally received. He had previously met on several occasions with Malenkov<sup>21</sup> and with Molotov<sup>22</sup>, though it was not clear whether any of these m(ee)t(in)gs took place on occasion present visit. The first time he had met Stalin.

Stalin appeared in excellent health and vigor, physically and mentally. His questions were keen and reflected extensive knowledge of sub(ject)s discussed. (Nenni, incidentally, ridicules rumors that Stalin is not in sit(uatio)n of continued complete authority in Politburo, altho(ugh) he does say he thinks Malenkov most likely candidate for succession). Stalin's questions early part of interview were focused sharply on Ital(ian) domestic political sit(uatio)n and included shrewd and well informed queries about several matters, including nature of electoral law which will govern next elections. It was quite evident center of his interest was possibility overthrow of De Gasperi<sup>23</sup> Gov(ernmen)t and introduction of left wing gov(ernmen)t which would adopt different fo(reig)n policy line. Stalin inquired for details about idea of neutralized Italy under great power guarantee which Nenni had once advocated. When Nenni explained he had envisaged joint guarantee by US and USSR, Stalin had promptly declared this to be out of question, as being incompatible with prestige great power like Italy. Stalin had then made some sort of reference to possibility or desirability of Ital(ian)-Sov(iet) non-aggression pact as goal toward which people sh(ou)ld work. Above represents what is reported of conversation from direct statements later made

<sup>18</sup> George F. Kennan, 14. 5.-19. 9. 1952 U.S.-Botschafter in Moskau. Die Telegramm-Abkürzungen wurden aufgelöst: RG 59, 661.65/7-2552.

<sup>19</sup> Pietro Nenni, italienischer Linksozialist, befürwortete nach der Spaltung der Sozialisten im Februar 1947 Kooperation mit der Kommunistischen Partei Italiens.

<sup>20</sup> Josef W. Stalin, Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, Generalsekretär der KPdSU.

<sup>21</sup> Georgi M. Malenkov, 1946-1953 Stellv. Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, 1953-1956 Vorsitzender des Ministerrats.

<sup>22</sup> Wjatscheslaw M. Molotow, Mitglied des Politbüros, 1939-1949 und 1953-1956 Außenminister.

<sup>23</sup> Alcide de Gasperi, Gründungsmitglied der Democrazia Cristiana, italienischer Ministerpräsident 1945-1953, regierte seit 1947 mit einer Koalition kleinerer Parteien unter Ausschluß der Sozialisten und Kommunisten.

by Nenni. However fol(owing) significant facts may shed further light on subj(ect)s and tenor of discussion. In interview given to Sov(iet) magazine OGONEK<sup>24</sup> prior to m(ee)t(in)g with Stalin, Nenni had stressed seriousness of Ger(man) sit(uatio)n and had stated that the division of Ger(many) c(ou)ld create a new Korea in the heart of Europe. After talking with Stalin, however, Nenni voiced opinion in conversation with my informant that Ger(many) was not necessarily greatest danger spot, that concept of any single outstanding danger spot was misleading one, that sit(uatio)n was always in state of flux, that one day it might be Ger(many), another day Japan, another day Italy or again even Iran.

Furthermore, Nenni said he had been told by other people in Politburo entourage that Stalin regarded present interchange of notes as completely phony and futile and believed that what was in the cards in Ger(many) for immed(iate) future was estab(lishment) of new equation of forces to be determined by success of both sides in their efforts to rearm Ger(man)s. My informant says Nenni also told him that he had previously (some months ago, I gather) spoken with Pieck<sup>25</sup> and Grotewohl<sup>26</sup> who had said at that time that policies being pursued by Sov(iet) Gov(ernmen)t were ones which would call for great sacrifice from them and that they might soon be forced into position in Ger(many) comparable to that of Nenni in Italy, by which they presumably meant that of a left-wing minority in a parliamentary system. My informant had impression that this earlier statement was adduced by Nenni to indicate contrast with present sit(uatio)n, in which Nenni considered that danger envisaged by Pieck and Grotewohl was no longer acute. What was being strongly hinted at, my informant thought, was firm Kremlin decision to accept division of Ger(many) and make the best of it.

Nenni had inquired of informant about myself and asked whether I really entertained friendly feelings toward Russia. Informant says he replied that I had come here in hopes of bettering sit(uatio)n and of getting some idea of thinking of Kremlin on present internat(iona)l problems.

Of interest in connection with Stalin's questioning of Nenni is fact that at recent Polish nat(iona)l reception (July 22) which I did not attend, Budenny<sup>27</sup> approached Ital(ian) Amb(assador) and spoke to him with some force about Ital(ian)-Sov(iet) rel(ation)s, stating that Sov(iet)s willing to forget Italy's participation in war, that they were interested in future not past, that it was still possible for Italy to make change in her orientation, and that Ital(ian) statesmen who failed to hear and obey will of Ital(ian) people w(ou)ld be harshly dealt with when day of judgment arrived. Budenny, who was ranking Sov(iet) official at party, had opened conversation by pointing to rather absurd division of that gathering into western and eastern social huddles and had observed that this sort of thing c(ou)ld not go on much longer. It is to be doubted,

<sup>24</sup> Ogonek – politisch-literarische Zeitschrift.

<sup>25</sup> Wilhelm Pieck, 1949–1960 Präsident der DDR.

<sup>26</sup> Otto Grotewohl, 1949–1964 Ministerpräsident der DDR.

<sup>27</sup> S. M. Budenny, sowjetischer Marschall.



in my opinion, that Budenny would have undertaken this sort of conversation without some sort of higher encouragement.

Nenni has been asked to attend opening of Wolga-Don Canal scheduled July 27 and may thereafter return to Moscow. While here he has been kept in suburban Dacha and Sov(iet)s have shown great solicitude for his health, sending Kremlin doctor him, etc. As far as I can ascertain this solicitude was extended spontaneously as friendly gesture to older man and did not arise from any request of his, but this point is somewhat vague. Nenni has also been invited visit Commie China, but doubts that time will permit him to do it.

So much for info(rmation). Fol(owing) is my comment. It is quite clear that Italy is number one in Sov(iet) hopes for driving a divisive wedge into Atlantic Pact group. This is for several reasons, including outstanding position of Ital(ian) Commies as strongest and most successful Commie party in any non-Commie country, Italy's strategic position militarily and politically, outflanking Yugo(slavia) and Albania as well as Greece and Turkey, and possibility that resistance to Communism in Mediterranean area generally may be seriously shaken, in Kremlin's hopeful view, by events in Iran, North Africa and elsewhere. Sh(ou)ld Nenni's followers in combination with Ital(ian) Commies, succeed in overbalancing center in coming elections it is possible Kremlin might prefer, in accordance established practice, that fellow traveller Nenni take over as Premier, share responsibility and help confuse and sooth populace during period while Commies are consolidating hold over police, army, labor, education, etc. hence intense Kremlin interest in his person, health and state of mind. Of how much of this he is aware is unclear. My informant considers him sincere intellectual marxist, but perhaps seriously blinded by personal ambitions.

W(ou)ld doubt that this story can long be held by others who now have knowledge of it and suspect Dep(artmen)t will soon be hearing repercussions of it from various sources. Believe that Canadians for special reasons will be given complete fill in. However, feel strongly that we sh(ou)ld not let ourselves appear source of leaks and recommend close hold of it on our part. W(ou)ld suggest that two or three days from now, not sooner, this m(es)s(a)g(e) be repeated by Dep(artmen)t to Rome, Bonn, London and Paris and at Dep(artmen)t's discretion to MacArthur<sup>28</sup> for Ridgway<sup>29</sup>, as top secret communication.

Kennan

<sup>28</sup> Douglas MacArthur, Februar 1951–Oktober 1952 Botschaftsrat an der US-Botschaft in Paris.

<sup>29</sup> General Matthew B. Ridgway, Juni 1952–Mai 1953 Supreme Allied Commander Europe.

## Dokument 2

FROM: Berlin  
 TO: Secretary of State  
 NO: 1273, April 26, noon

Fol(owing) is text two-point Rummler<sup>30</sup> statement mentioned Ref(erence) Tel(egramm):

1. "The text of the Western notes in answer to the Sov(iet) note of Mar(ch) 10 were published in the press of Mar(ch) 26.

"Dertinger<sup>31</sup> told me Pushkin<sup>32</sup> and Semeonov<sup>33</sup> discussed text of Western note on evening Mar(ch) 26. On Mar(ch) 27 Dertinger invited Pushkin to Fo(reig)n Off(ice) for consultation. Pushkin arrived on evening Mar(ch) 27 at 5:30 p. m., accompanied by female interpreter, which was unusual, since he normally talked with Dertinger without an interpreter. The conf(erence) lasted about an hour and a half. Directly following conf(erence), Dertinger sat together with me alone in his office for about two hours. He was quite disappointed with his talk with Pushkin and said several times to me: "If I am not mistaken, my whole previous political perspectives are false". He related to me in detail how he had presented to Pushkin his opinion that, according to the text of the Western notes, there existed therein positive point of contract for the East. Pushkin had countered this opinion with a decisive "njet". In this connection he referred especially to the allusions in Western notes that also after a peace treaty Ger(many) must (be able) to join alliances, as for example the Western Defense Pact. That meant, in Pushkin's view, Ger(many)'s incorporation in the aggressive North Atlantic Alliance.

Moreover, Pushkin stated, through the conclusion of the general agreement with the Bonn Gov(ernmen)t, as well as the signing of Plevan (sic!) Plan<sup>34</sup>, which w(ou)ld shortly follow, West Ger(many) w(ou)ld clearly be in North Atlantic Pact front. Dertinger called Pushkin's attention to fact that with signature of European Army Plan itself efforts of peace camp to come to All-Ger(man) understanding w(ou)ld not yet have to be broken off. He based this on fact that from signing of Plevan (sic!) Plan until its ratification by Parliaments of six European Army countries a long time – perhaps a year – w(ou)ld go by. As Dertinger told me, Pushkin had only a "njet" for this too. He expressed the view to Dertinger that now only through powerful propaganda efforts c(ou)ld West Ger(mans) be brought to strengthen their opposition to the Adenauer Gov(ernmen)t and bring about the downfall of this gov(ernmen)t in the end.

<sup>30</sup> RG 59, 762 B. 00/4-2652, Tel. Nr. 1273; Gerold Rummler, Mitarbeiter von Dertinger, Flucht 1952.

<sup>31</sup> Georg Dertinger (CDU-Ost), 1949–1953 Außenminister der DDR.

<sup>32</sup> Georgi M. Pushkin, 1949–1952 Chef der diplomatischen Mission der UdSSR in Ost-Berlin.

<sup>33</sup> Wladimir Semeonow, 1945–1953 Politischer Berater der Sowjetischen Militärregierung bzw. der Sowjetischen Kontrollkommission in Ost-Berlin.

<sup>34</sup> René Plevan, 1952–1954 französischer Verteidigungsminister.

Dertinger said to me literally: 'If the Sov(iet)s really don't want understanding, then my entire political perspective was wrong, then they sh(ou)ld do this with another Fo(reign) Min(ister), and not with me in this seat'.

2. "During first week of April, after Western answer note had been published Mar(ch) 26, 1952, Dertinger wrote his article on meaning of Sov(iet) note which was submitted to editors of TÄGLICHE RUNDSCHAU on Apr(il) 3, 1952. On Apr(il) 7, Herr Woelknitz, on instruction chief Sov(iet) editor Sokolow, appeared in Foreign Ministry to see Dertinger and informed him of some changes in his article. Most of these changes were of very trivial nature. One section which was cut out, however, was of great importance for Dertinger, because it was where Dertinger had alluded in the article to the Western powers intention to assure Ger(many) in peace treaty of its inclusion in European integration, and had remarked on this that: "From the Sov(iet) note it follows that the Sov(iet) Union doesn't contemplate incorporating Ger(many) into an Eastern alliance system, nor to make use of Ger(many)s potential for itself". This section was cut out by Sov(iet) editor-in-chief. Dertinger felt this was imprudent, because he was of view this formulation c(ou)ld remain in any event because in further course polit(ical) developments Sov(iet) Union c(ou)ld say: "We were prepared not to include Ger(many) in an Eastern alliance system, but because of the Western powers Ger(man) policy which, on its part, has included Western Ger(many) in its aggressive system of alliances, we too on our mzx<sup>35</sup> are forced to incorporate Eastern Ger(many) into an alliance system".

For your information foregoing statement refers to Dertinger article published TÄGLICHE RUNDSCHAU Apr(il) 9 and commented on - OUR-Tel(egram) Apr(il) 10, sent Bonn 940, rptd Dept 1215, Moscow 217.

<sup>35</sup> Übermittlungsfehler im Telegramm.

## MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Werner Abelshäuser, Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität (4630 Bochum 1, Postfach 10 21 48), veröffentlichte u.a. „Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948“ (Stuttgart 1975), „Staat, Infrastruktur und regionaler Wohlstandsausgleich im Preußen der Hochindustrialisierung“ (in: Schriften des Vereins für Socialpolitik 109, 1980), „Verelendung der Handarbeiter? Zur sozialen Lage der deutschen Arbeiter in der großen Inflation der frühen zwanziger Jahre“ (in: Vom Elend der Handarbeit, hrsg. von H. Mommsen und W. Schulze, Stuttgart 1981), „Deutsche Wirtschaftsgeschichte im Industriezeitalter. Konjunktur, Krise, Wachstum“ (Hrsg. zusammen mit D. Petzina, Königstein 1981), „Westeuropas Wiederaufbau vor dem Marshallplan“ (in: VfZ 29, 1981), „Eine nationalsozialistische Sozialrevolution?“ (zus. mit A. Faust, DIFF Tübingen 1982), „Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“ (Frankfurt/M. 1985), „The first postliberal nation: Stages in the development of modern corporatism in Germany“ (in: European History Quarterly 14, 1984), „Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945“ (München 1984); gegenwärtige Forschungsgebiete: Entstehung des modernen Korporatismus; Sozialgeschichte der Weimarer Republik.

Barbara Fait, M.A., Doktorandin bei Professor Dr. Gerhard A. Ritter (8000 München 19, Albrechtstr. 37), zur Zeit Arbeit an einer Dissertation zur amerikanischen Politik in Deutschland 1945–1949.

Seev. Goshen, Mitarbeiter des Institute for the Research of the Holocaust Period, Universität Haifa (27 000 Kiryat Bialik, Habroshim 15), veröffentlichte u.a. „Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939. Eine Fallstudie zur NS-Judenpolitik in der letzten Etappe vor der ‚Endlösung‘“ (in: VfZ 29, 1981).

Dr. Wolfgang J. Mommsen, Direktor des Deutschen Historischen Instituts London und Professor für Neuere Geschichte an der Universität Düsseldorf (17 Bloomsbury Square London WC1A 2LP), als Herausgeber aktiv, veröffentlichte neben zahlreichen Aufsätzen u.a. „Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920“ (Tübingen 1974, erw. Fassung der Erstauflage von 1959), „Die Geschichtswissenschaft jenseits des Historismus“ (Düsseldorf 1971), „Das deutsche Kaiserreich als System umgangener Ent-

scheidungen“ (in: Vom Staat des Ancien Régime zum modernen Parteienstaat, München 1978), „Der europäische Imperialismus. Aufsätze und Abhandlungen“ (Göttingen 1979), „Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen“ (Göttingen 1980, ergänzte Ausgabe der Erstauflage von 1977).

Bernd Niedbalski, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Arbeitsbereich DDR-Forschung und -Archiv (1000 Berlin 31, Babelsberger Straße 14–16), Mitautor der 2. und 3. Auflage des „DDR-Handbuchs“, mit Forschungen zur Entwicklung der ökonomischen und wirtschaftlichen Strukturen in der SBZ/DDR beschäftigt.

Dr. Raymond Poidevin, Professor an der Université de Strasbourg III (Institut des Hautes études européennes), Directeur du Centre de recherche d'Histoire des relations internationales (67 081 Strasbourg, 8 rue des Ecrivains), veröffentlichte u.a. „Les relations économiques et financières entre la France et l'Allemagne de 1898 à 1914“ (Paris 1969), „Finances et relations internationales 1887–1914“ (Paris 1970), „L'Allemagne de Guillaume II à Hindenburg 1900–1933“ (Paris 1972), „Les origines de la première guerre mondiale“ (Paris 1975), „Les relations franco-allemandes 1815–1975“ (Paris 1977, zus. mit J. Bariety; deutsche Übersetzung: Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975, München 1982), „L'Allemagne et le Monde au XX<sup>e</sup> siècle“ (Paris 1983; deutsche Übersetzung: Die unruhige Großmacht Deutschland. Deutschland und die Welt im 20. Jahrhundert, Freiburg 1985); derzeit Arbeit an einer Biographie Robert Schumans.

Dr. Hermann-Josef Rupieper, Privatdozent für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin (1000 Berlin 31, Habelschwerdter Allee 45), veröffentlichte u.a. „Politics and Economics. The Cuno Government and Reparation 1922/23“ (The Hague – Boston – London 1979), „Arbeiter und Angestellte im Zeitalter der Industrialisierung. Eine sozialgeschichtliche Studie am Beispiel der Maschinenfabriken Augsburg und Nürnberg (M.A.N.) 1837–1914“ (Frankfurt–New York 1982); zur Zeit mit einer Darstellung der amerikanischen Deutschlandpolitik 1949–1955 beschäftigt.